

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 10. Juni 1966

A 22127 C

Nummer 23

Zur Diskonterhöhung in Westdeutschland

Mit der Erhöhung des Diskontsatzes und der Höchstsätze für Bankkredite will die Bundesbank sowohl konjunkturpolitische als auch zinspolitische Ziele erreichen. „Die Inlandsnachfrage nimmt nach wie vor beträchtlich zu. Der Bauboom dauert an. Der Arbeitsmarkt steht unverändert im Zeichen beträchtlicher Spannungen und die Zahlungsbilanz ist stark passiv. Die Kreditexpansion der Banken hält an, insbesondere im kurzfristigen Bereich.“ Wirtschaftspolitische Stellen bezeichnen die Diskonterhöhung, der eine Heraufsetzung der Einlagenzinsen folgen soll, auch als eine Maßnahme zur „Entzerrung des Zinsgefüges“; sie sprechen von einer Anpassung an bestehende Verhältnisse auf den Kreditmärkten.

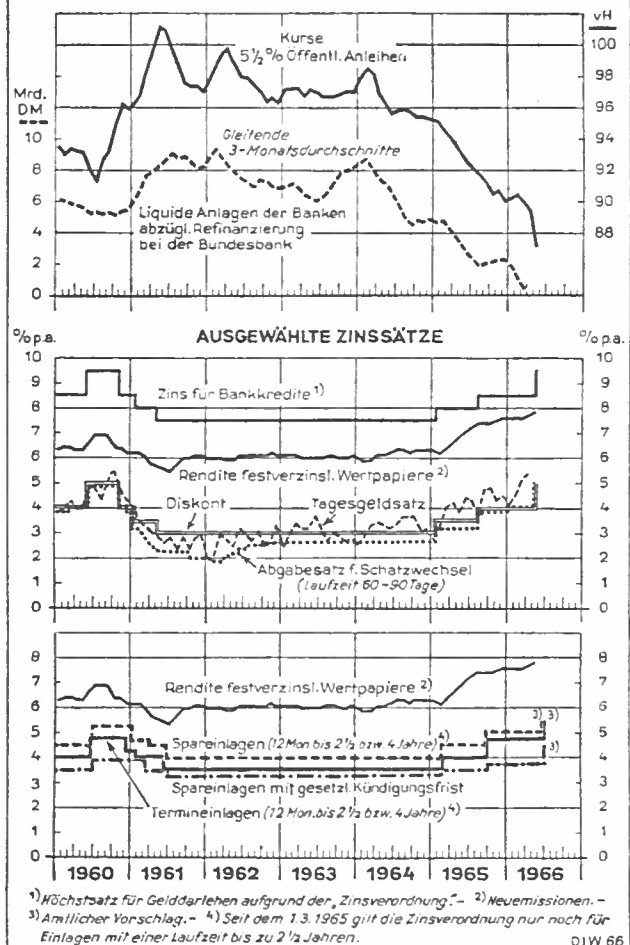
Schon die Diagnose, auf der die Diskonterhöhung basiert, trifft nicht zu. Die Inlandsnachfrage nahm in letzter Zeit nur noch langsam zu; im April lag der Auftragseingang aus dem Inland sogar unter dem Vorjahrsniveau. Von einem Bauboom kann keineswegs gesprochen werden; der starke Produktionszuwachs der Bauwirtschaft im ersten Quartal war witterungsbedingt. Die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt lassen erheblich nach. Zudem wird die Diskonterhöhung weniger zu einer „Normalisierung“ des Zinsgefüges, als vielmehr zu einem Anstieg aller Zinssätze, also auch des Kapitalzins führen, wenn sie nicht von Liquiditätserleichterungen für die Banken begleitet wird.

Kreditexpansion kein Indiz für Konjunkturüberhitzung

Im ersten Viertel dieses Jahres nahmen die Kredite der Geschäftsbanken an die übrigen inländischen Bereiche sowohl relativ als auch absolut stärker zu (+ 6,8 Mrd. DM) als im gleichen Quartal des Vorjahres (+ 5,7 Mrd. DM). Diese Kreditexpansion ging allerdings zu Lasten der „indirekten“ Kreditgewährung, nämlich der Wertpapierkäufe: Die Bestände der Banken an Wertpapieren, die im ersten Vierteljahr 1965 noch um reichlich 2 Mrd. DM angereichert worden waren, erhöhten sich in diesem Jahr kaum noch. Die Kreditexpansion im weiteren Sinne schwächte sich mithin sogar deutlich ab.

Weit mehr als die Kreditgewährung ließ freilich

ZUR KREDITMARKTENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK UND BERLIN (WEST) BANKENLIQUIDITÄT UND KURSE FESTVERZINSL. PAPIERE



der Geldzustrom zu den Geschäftsbanken nach. Die saisonübliche Abnahme der Sichteinlagen war diesmal besonders groß, und die Geldkapitalbildung, vor allem der Zuwachs der Spareinlagen und der

Kreditnahme und Anlagen von inländischen Nichtbanken und Ausländern bei Kreditinstituten ¹⁾ in Mrd. DM

	1964	1965	Okt.-März		1. Vj.	
			1964/ 65	1965/ 66	1965	1966
A. Kreditnahme bei Geschäftsbanken ²⁾						
Kreditnahme von Inländern . . .	27,6	30,6	14,4	15,5	5,7	6,8
Kreditnahme von Ausländern ³⁾ . .	1,5	1,0	0,9	0,6	0,3	0,3
Wertpapiererwerb der Banken . . .	4,8	3,8	2,7	0,6	2,2	0,1
Zusammen	38,9	35,4	18,0	16,7	8,2	7,2
B. Bildung von Anlagen bei Geschäftsbanken ²⁾						
Anlagen von Inländern	22,1	25,3	14,6	13,5	2,5	0,0
Anlagen von Ausländern ⁴⁾	0,5	0,1	0,0	0,0	-1,0	-0,9
Absatz von Bankobligationen . . .	9,8	8,7	5,7	3,0	3,3	1,5
Sonstige Positionen	-0,1	0,2	-1,3	-1,1	1,9	2,5
Zusammen	32,3	34,3	19,0	15,4	6,7	3,1
C. Saldo von Kreditnahme und Anlagen bei Geschäftsbanken ²⁾						
Kreditüberschuß (+)	+1,6	+1,1	-1,0	+1,3	+1,5	+4,1
D. Kreditnahme (+) oder Bildung von Anlagen (-) bei der Bundesbank und auf dem Geldmarkt						
Bargeldzunahme (-)	-2,4	-1,8	-1,0	-0,3	-0,5	-0,2
Öffentlicher Bereich (netto) ⁴⁾ . .	+1,0	+1,6	+2,1	-0,1	-2,0	-3,4
Ausland (netto) ⁵⁾	+0,2	-1,3	0,0	-0,7	+0,5	-0,9
Sonstige Positionen	-0,4	+0,4	-0,1	-0,2	+0,5	+0,4
Zusammen (Ausgleich zu C) . . .	-1,6	-1,1	+1,0	-1,3	-1,5	-4,1
E. Nachrichtlich: Änderung der Zentralbankguthaben und Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken ²⁾						
Zentralbankguthaben ⁶⁾	+1,5	+1,2	+0,8	+0,3	-2,1	-2,2
Liquide Anlagen	-1,5	-0,2	+0,6	-0,1	+1,5	+0,3
Inlandsanlagen ⁷⁾	-2,2	-0,5	+0,2	-0,4	+0,8	+0,2
Auslandsanlagen ⁸⁾	+0,7	+0,3	+0,4	+0,3	+0,7	+0,1
Geldmarktverpflichtungen	+1,6	+2,1	+0,4	+1,5	+0,9	+2,2
Refinanzierung ⁹⁾	+1,3	+2,0	+0,3	+1,5	+1,1	+2,4
Einlagen ausländ. Banken	+0,3	+0,1	+0,1	0,0	-0,2	-0,2
Guthaben und Anlagen abzüglich Verpflichtungen (=D) . .	-1,6	-1,1	+1,0	-1,3	-1,5	-4,1
Nachrichtlich: Liquide Anlagen abzüglich Refinanzierung . . .	-2,8	-2,2	+0,3	-1,6	+0,4	-2,1

¹⁾ Bundesgebiet einschl. Berlin (West). — ²⁾ Kreditinstitute ohne Bundesbank. — ³⁾ Ohne Bankguthaben und Geldmarktanlagen. — ⁴⁾ Ohne Einlagen ausländischer Banken. — ⁵⁾ = Zunahme (+) der Netto-Währungsreserven der Bundesbank sowie Zunahme (+) des Überschusses der liquiden Auslandsanlagen deutscher Geschäftsbanken (Anm. 8) über die Bankeinlagen ausländischer Banken. — ⁶⁾ Überwiegend Transaktionskassen und Mindestreserven. — ⁷⁾ Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁸⁾ Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen. — ⁹⁾ Bei der Bundesbank.

Absatz von Bankschuldverschreibungen, verringerte sich erheblich. Der Kreditüberschuß oder Nettoabstrom von Geld zu den Nichtbanken (einschließlich des Auslandes) erweiterte sich von 1,5 Mrd. DM im ersten Vierteljahr 1965 auf 4 Mrd. DM im ersten Viertel dieses Jahres.

Dieser Kreditüberschuß ist keineswegs ein Indiz für inflatorisches Verhalten der Banken oder für eine konjunkturelle Überhitzung. Er ist primär ein monetäres Phänomen und besagt — vereinfacht ausgedrückt — zunächst nichts anderes, als daß die Nichtbanken die aufgrund der Kreditgewährung der Geschäftsbanken empfangenen Mittel nicht voll bei den Geschäftsbanken wieder angelegt, sondern zum Teil (4 Mrd. DM) zur Aufstockung ihrer Bargeldbestände sowie zur Erhöhung ihrer Nettoguthaben und zur Verringerung ihrer Nettoverschuldung gegenüber Bundesbank und Geldmarkt verwendet haben. So hat die öffentliche Hand für 3,5 Mrd. DM Nettoguthaben bei der Bundesbank gebildet, und die Nettoverschuldung des Auslandes gegenüber der Bundesbank und dem deutschen Geldmarkt ist um 1 Mrd. DM abgebaut worden.

Die Auffassung, die Kreditexpansion oder zumindest der Kreditüberschuß sei ein Barometer für

das jeweilige konjunkturelle Klima, ist auch aus anderen Gründen nicht haltbar: Die Zunahme der staatlichen Nettoguthaben bei der Notenbank im ersten Vierteljahr beruhte darauf, daß die öffentliche Hand, vor allem Bund und Länder, aufgrund des beschleunigten Wachstums ihrer Einnahmen einen besonders hohen Einnahmenüberschuß erzielte und diesen Überschuß teilweise dazu benutzte, ihre Notenbankkredite abzudecken und Zentralbankeinlagen zu bilden. In Höhe dieses Einnahmenüberschusses entstand bei den übrigen Bereichen insgesamt ein Ausgabenüberschuß. Die Verschuldung der Wirtschaft nahm dabei noch kräftig zu, die Ersparnis der privaten Haushalte schwächte sich ab. Um den starken Mittelabfluß zu finanzieren, griff die Wirtschaft in erheblichem Maße auf Bankkredite und Sichtguthaben zurück und bildete weniger Geldkapital bei den Geschäftsbanken. Dieser große Kreditüberschuß wäre bei einem geringeren Einnahmenüberschuß des Staates nicht entstanden. Hätte der Staat weniger Einnahmen gehabt — oder mehr für Güter und Dienste ausgegeben —, dann hätte die Wirtschaft einen geringeren Ausgabenüberschuß hinnehmen und die Geschäftsbanken weniger beanspruchen müssen.

Diskontsatz und Zinsstruktur

Von Anfang vorigen bis Mai dieses Jahres hat sich das Zinsgefüge in Deutschland merklich verschoben. Der an den Diskontsatz gebundene Höchstzins für kurz- und mittelfristige Bankkredite und die Zinsen für kürzerfristige Spar- und Termineinlagen haben sich langsamer erhöht als der Kapitalzins (die Rendite festverzinslicher Wertpapiere). Die Kreditbanken und Sparkassen haben diese Änderungen der Zinsrelationen bedauert. Denn — so argumentieren sie — die durch den Kapitalzins indizierte Marktlage hätte Kreditzinsen zugelassen, die über die amtlichen Höchstsätze hinausgegangen wären. Ferner könne dem privaten Sparer ein im Vergleich zum Kapitalzins niedriger Sparzins auf die Dauer nicht zugemutet werden. Es ist also verständlich, daß es die Banken begrüßt haben, daß die Bundesbank den Diskontsatz (und damit auch den Kreditzins) heraufgesetzt und eine baldige Erhöhung der amtlich fixierten Einlagenzinsen empfohlen hat.

Die Bundesbank begründet ihre Maßnahme auch damit, daß der Geldmarktzins in den letzten anderthalb Jahren fast ständig, in letzter Zeit besonders stark, über dem Diskontsatz gelegen habe, und daß die Banken zu lange die Möglichkeit gehabt hätten, sich billig bei der Bundesbank zu refinanzieren. Tatsächlich hat der Notenbankkredit seit geraumer Zeit entscheidende Bedeutung. Von Anfang vorigen bis März dieses Jahres haben die Geschäftsbanken aufgrund der Zunahme der Mindestreserven und aufgrund der Aktiv- und Passivgeschäfte mit Nichtbanken fast 4,5 Mrd. DM verloren. Dieser Mittelabfluß wurde ausschließlich durch Notenbankkredite finanziert. Dagegen wurden die Bestände an inländischen Geldmarktpapieren und die liquiden Auslandsanlagen weitgehend geschont, da die Zinseinbußen bei einem Rückgriff auf diese Liquiditätsreserven meist höher gewesen wären als die Kosten für Notenbankkredite.

Diese Argumente für die Diskonterhöhung lenken auf ein prinzipielles Problem, das seit längerem lebhaft diskutiert wird: die Frage der völligen Freigabe der Bankzinsen. Wenn es nämlich der Zweck der Diskonterhöhung ist, die Zinsstruktur herzu-

stellen, die sich bei völlig freien Marktverhältnissen ergeben würde, dann ist nicht einzusehen, weshalb die Zinssätze der Banken nicht von vornherein dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden sollten. Das Argument, die Zinsbindung solle schwächere Bankunternehmen vor zu harter Konkurrenz schützen, ist jedenfalls nicht stichhaltig. Denn Höchstsätze für Bankkredite sind kein Schutz vor einer Zinskonkurrenz mit stärkeren Banken. Ein Konkurrenzschutz wird lediglich durch die Höchstsätze für Einlagen gewährt; gerade hier ist aber am ehesten mit einer Freigabe zu rechnen.

Anläßlich der Diskonterhöhung wird auch ein aktuelles Problem aufgeworfen: Gibt es eine „Normalstruktur“ der Zinssätze? Für diese Vermutung scheint die Kreditmarktentwicklung vom Herbst 1961 bis Frühjahr 1964 zu sprechen. Denn in diesem Zeitraum war die Relation zwischen fast allen gebundenen und freien Zinssätzen ziemlich konstant. Lediglich der Tagesgeldsatz schwankte etwas stärker, er blieb jedoch nicht für längere Zeit über oder unter dem Diskontsatz. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, daß die Zinsstruktur während der folgenden zwei Restriktionsjahre durch einen zu niedrigen Diskontsatz „künstlich verzerrt“ worden sei und daß die jetzt vorgenommene und die geplante Erhöhung der amtlichen Zinssätze lediglich das alte Zinsgefüge wiederherstellen und kaum zu einer Steigerung der freien Kapital- und Geldmarktsätze führen werde. Denn nicht nur die Erhöhung des Zinsniveaus, sondern auch die Vergrößerung des inländischen Zinsgefälles war eine notwendige Begleiterscheinung der Restriktionspolitik.

Anders als der Erwerber von Titeln, die eine kurze Laufzeit haben oder — wie die unter die Zinsverordnung fallenden Bankkredite und Einlagen — mit Zinsgleitklauseln versehen sind, legt sich der Käufer von festverzinslichen längerfristigen Wertpapieren auf den jeweiligen Zins fest; künftige Zinssteigerungen sind für ihn entgangener Zinsgewinn, der sich in Kursverlusten äußert. Daß sich in der letzten Zeit die Spanne zwischen dem Wertpapierzins und den Geldmarkt- und Einlagenzinsen ausgedehnt, und daß sich der Abstand zwischen dem (höheren) Zins für Bankkredite und dem Wertpapierzins verringert hat, ist darauf zurückzuführen, daß sich die „Risikoprämie“ für Wertpapieranlagen erhöhte, weil stärkere Zinssteigerungen und Kursverluste erwartet wurden.

Die These, die Zinsstruktur spiegele die relativen Risiken wider, impliziert, daß eine Änderung des Diskontsatzes und der übrigen amtlich fixierten Zinssätze nicht eine „gegebene“, durch die Marktkräfte und die Mindestreservepolitik der Notenbank geschaffene Kreditmarktlage bestätigt, sondern selbst den Kreditmarkt beeinflußt. Wie aus der Graphik ersichtlich, besteht zwischen der Netto-

Bankenliquidität und den Kursen bzw. Renditen festverzinslicher Wertpapiere eine ziemlich hohe Korrelation. Der starke Kursverfall in den letzten Jahren beruhte darauf, daß die Geschäftsbanken den Nichtbanken per saldo Kredite gewährten und ihre Mindestreserven erheblich erhöhen mußten. Dieser Liquiditätsverlust zwang zu einer Zurückhaltung bei der Anlage auf dem Kapitalmarkt. Die Abnahme des Volumens an Liquidität ist freilich nicht die einzige Ursache hierfür. Die Dispositionen auf dem Kapitalmarkt werden auch durch die Konditionen beeinflußt, zu denen sich die Banken bei der Notenbank refinanzieren können. Je höher die Zinskosten sind, die den Banken bei einer Rückgabe von Offenmarktstiteln und der Weitergabe von rediskontfähigen Wechseln an die Notenbank entstehen, desto weniger werden die Banken bei einem gegebenen Kapitalzins (einer gegebenen Risikoprämie für Kapitalmarktanlagen) bereit sein, festverzinsliche Wertpapiere zu erwerben. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Erhöhung des Diskontsatzes und der Abgabesätze für Geldmarktpapiere der Bundesbank auch zu einer weiteren Steigerung des Kapitalzins führen wird. Dies gilt um so mehr, als der Diskontsatz auch eine „Signalwirkung“ hat: Die Bundesbank gibt zu erkennen, daß sie ihren Restriktionskurs nicht aufgeben will. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß mit dem Diskontsatz auch die amtlich fixierten Kredit- und Einlagenzinsen erhöht wurden oder in Kürze heraufgesetzt werden. Auch dies dürfte den Kapitalzins nach oben treiben: Nach der Erhöhung der Erträge aus Bankkrediten besteht für die Banken noch weniger Anlaß, festverzinsliche Wertpapiere zu erwerben. Daneben kann die Erhöhung der Einlagenzinsen Inländer veranlassen, die Geldanlage auf Konten noch stärker zu bevorzugen.

Mit einer Stabilisierung des Kapitalzinses trotz höherer amtlicher Zinssätze kann erst dann gerechnet werden, wenn die Bankenliquidität nicht weiter abnimmt, sondern sich wieder erhöht. Dies ist aber vorerst nicht zu erwarten. Aufgrund der Zunahme des Reserve-Solls und der Transaktionen von inländischen Nichtbanken werden die Banken weiterhin Liquidität verlieren. Die Zahlungsbilanz, die immer noch stark passiv ist, wird sich voraussichtlich nicht genug verbessern, um diesen Liquiditätsabstrom zu kompensieren.

Wenn die geldpolitischen Instanzen wirklich in erster Linie an einer „Normalisierung“ des Zinsgefüges und nicht an einer Erhöhung des Zinsniveaus interessiert sind, dann bleibt ihnen nur ein Weg: Die Mindestreserven müssen gesenkt werden. Die Spanne zwischen Kapitalzins und Diskontsatz kann nicht einfach durch eine „Anpassung“ des Diskonts an den Kapitalzins gekürzt werden. Hierzu ist eine Liquiditätspolitik erforderlich, die den Kapitalzins stabilisiert.

Die Kapazitätsausnutzung in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland

Aus verschiedenen Gründen ist es notwendig geworden, die vom DIW bisher ermittelten vierteljährlichen Ausnutzungskoeffizienten der westdeutschen Industrie durch neue, methodisch aufwendigere und materiell besser unterbaute Berechnungen zu ersetzen, die in Zusammenarbeit mit dem Institut für Statistik und Wirtschaftsmathematik an der Freien Universität Berlin entstanden sind. Aus-

föhrliche Darstellungen der Methode, neuerdings ergänzt durch die vergleichende Gegenüberstellung mit nach anderen Methoden errechneten Ausnutzungsindizes, sind an anderer Stelle erschienen¹).

¹ R. Kregel: „Measuring of Utilization of Industrial Capacity in the Federal Republic of Germany“, paper presented at the First World Congress of the Econometric Society, Rome, September 1965 und P. Schönfeld: „Methods of Measuring Capacity Utilization“, Discussion Paper, Berlin, March 1966.

Zur Methode

Die Produktivität des in der Industrie eingesetzten Kapitals ($Z_t = Y_t/K_t$) wird im Zeitverlauf durch den technischen Fortschritt erhöht, durch die Substitution von Arbeit durch Kapital ermäßigt. Bei konstanter Ausnutzung der Produktionsfaktoren wird die Kapitalproduktivität lediglich durch den Saldo von technischem Fortschritt und Substitution verändert. Die gemessene Kapitalproduktivität schwankt jedoch — von Saisoneinflüssen abgesehen — deutlich in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage. Wird unterstellt, daß die durch den technischen Fortschritt und die Substitution verursachten Veränderungen von Z_t nicht sprunghaft vor sich gehen, sondern einem Trend folgen, kann die Abweichung der empirisch gemessenen Z_t -Werte vom Trend — wenn man einmal von Zufallsfehlern absieht — als Ausdruck der Ausnutzungsschwankungen betrachtet werden. Die Bestimmung des Trends erfolgte mit Hilfe einer durch die Logarithmen der Kapitalproduktivität gelegten Regressionsgeraden mit dem Steigungsmaß B — es handelt sich also um einen Exponentialtrend —, wobei die Methode der kleinsten Quadrate angewendet wird. Vom Trend sehr stark abweichende Werte der Kapitalproduktivität blieben bei der Berechnung

nach Möglichkeit unberücksichtigt, um die Gefahr von Zufallsfehlern zu verringern.

Die Zeitreihe der Produktionskapazität Y_{ct} wird aus der Zeitreihe des Kapitalstocks K_{ct} und dem Trend der Kapitalproduktivität geschätzt. Die Indexpunkte der Auslastung der Produktionskapazität γ_t ergeben sich dann aus der Division der jeweiligen effektiven Produktion Y_{ut} durch die geschätzte Produktionskapazität Y_{ct} bzw. aus der Differenz ihrer Logarithmen²⁾.

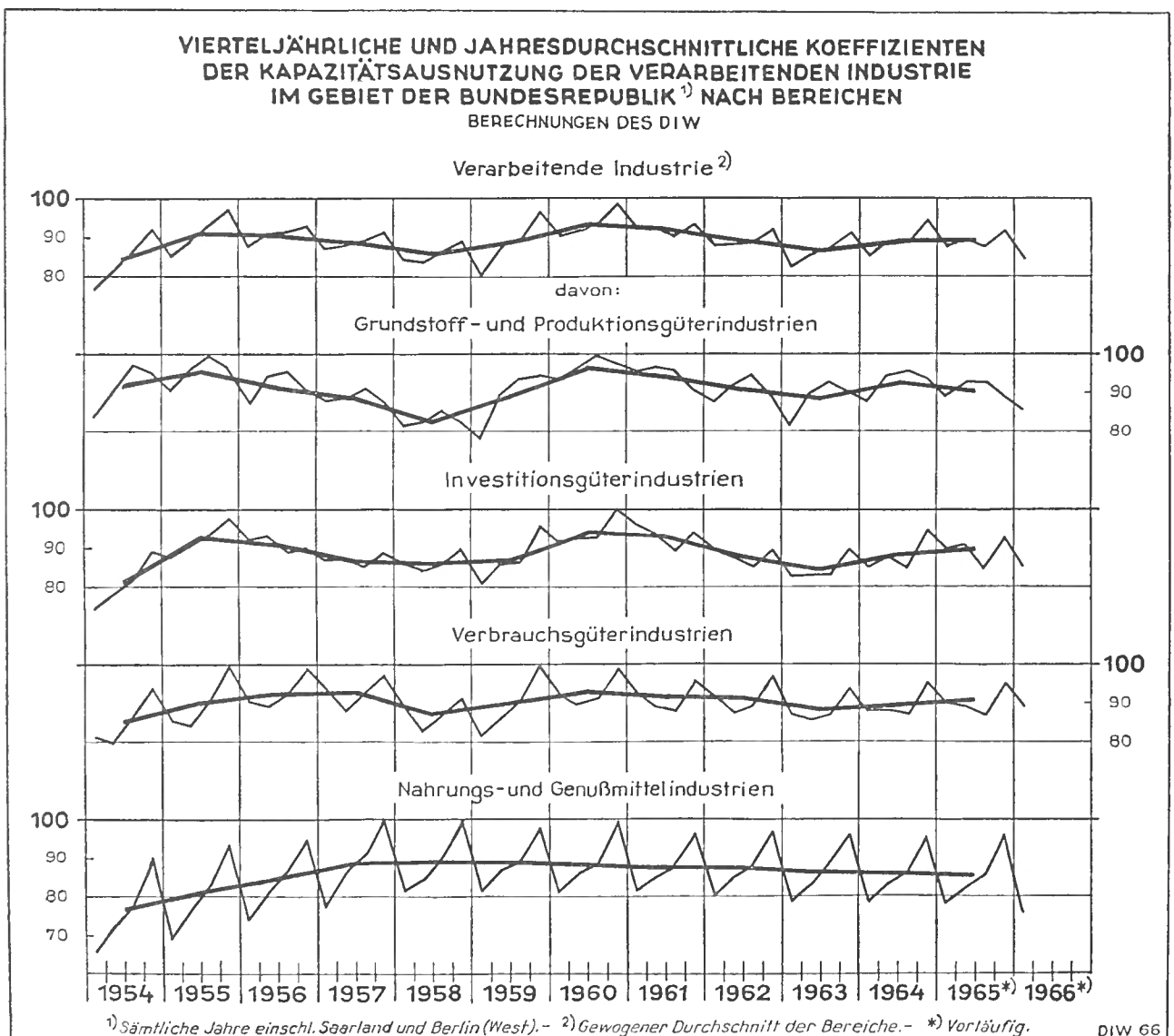
Diese Rechnungen wurden für die Bereiche der verarbeitenden Industrie (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, Investitionsgüterindustrien, Verbrauchsgüterindustrien, Nahrungs- und Genussmittelindustrien) durchgeführt, die Ergebnisse für die gesamte verarbeitende Industrie als gewogener Durchschnitt der einzelnen Bereichsgrößen ermittelt. Der Berechnung des Trends der Kapitalproduktivität wurden die Quartalswerte der Jahre 1954 bis 1964 (44 Quartale) zugrunde gelegt. Diese Zahl ist groß genug, um auf Extremwerte verzichten zu

²⁾ In logarithmischer Schreibweise:

$$\log Y_{ct} = \log K_{ct} + \log Z_{t_0} + B \cdot (t - t_0)$$

und sodann

$$\log \gamma_t = \log Y_{ut} - \log Y_{ct}$$



können und damit den Trend von zufallsbedingten Verzerrungen weitgehend freizuhalten. Eine zusätzliche Arbeit verursachte die notwendige Umrechnung aller Produktions- und Kapitaldaten für die Zeit vor 1958 auf das Bundesgebiet in der Abgrenzung einschließlich Saarland und Berlin (West), wobei Schätzungen unvermeidlich waren.

Die Entwicklung der Kapazitätsausnutzung in der verarbeitenden Industrie von 1954 bis 1964

Die Neuberechnung der Ausnutzungsindizes für die vier Bereiche der verarbeitenden Industrie gibt Gelegenheit zu einer kurzen Retrospektive der Auslastungsentwicklung von 1954 bis 1964. Während die Kapazitätsausnutzung der Nahrungs- und Genußmittelindustrien seit 1957 nur den sehr regelmäßigen Saisonschwankungen unterlag und von konjunkturellen Auslastungszyklen so gut wie gar nicht beeinträchtigt wurde, zeigen die Ausnutzungsindizes der restlichen Bereiche neben den üblichen Saisonschwankungen mehr oder weniger ausgeprägte konjunkturelle Zyklen.

Die relativ hohen Ausnutzungsschwankungen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien lassen sich in erster Linie auf die jeweiligen Lagerdispositionen ihrer Abnehmer zurückführen. In Perioden verlangsamten Bedarfs Wachstums schränkten diese ihre Nachfrage durch den Abbau ihrer Lager noch zusätzlich ein, während in den Aufschwungsjahren gleichzeitige Lageraufstockungen den gegenteiligen Effekt bewirkten.

Von 1955 bis 1958 ging die Kapazitätsausnutzung in diesem Bereich um rund 13 vH zurück und

erreichte dann mit einer Steigerung um 14 vH in den darauf folgenden zwei Jahren 1960 wiederum einen Höchststand. Die Zeit von 1960 bis 1963 brachte einen erneuten allmählichen Rückgang der jahresdurchschnittlichen Auslastung von 96 auf 89 vH, das Jahr 1964 eine leichte Erhöhung.

Die Ausnutzung im Investitionsgüterbereich wurde von dem konjunkturell schwankenden Investitionsbedarf der Wirtschaft ebenfalls beeinflusst, jedoch verliefen die Auslastungsschwankungen hier in merklich kleineren Amplituden.

Von 1955 bis 1958 ging die jahresdurchschnittliche Ausnutzung in diesem Bereich um 6 vH zurück und erreichte 1960 — nach einem Anstieg um knapp 8 vH — die bis heute höchste Kapazitätsauslastung (94 vH). Im Gegensatz zum Grundstoffsektor war die dann bis 1963 folgende Abnahme der Kapazitätsbeanspruchung etwas akzentuierter.

Im Vergleich dazu veränderte sich die Kapazitätsauslastung in den Verbrauchsgüterindustrien konjunkturell nur wenig. Die konjunkturellen Einbrüche waren in der Nachkriegszeit bisher niemals groß genug, um die private Nachfrage nach Verbrauchsgütern ernsthaft tangieren zu können. Die Verlangsamung des Einkommenswachstums in einigen Jahren des Untersuchungszeitraumes hat lediglich zu geringen Schwankungen der Nachfrage nach bestimmten Verbrauchsgütern geführt, nicht jedoch bei Nahrungs- und Genußmitteln.

Die Entwicklung 1965/66

Um über die jüngste Ausnutzungsentwicklung berichten zu können, wurden die Ausnutzungsziffern

Koeffizienten der Kapazitätsausnutzung der verarbeitenden Industrie im Gebiet der Bundesrepublik nach Bereichen
Berechnungen des DIW — Maximale vierteljährliche Ausnutzung der Bereiche = 100

Zeit	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965 ¹⁾	1966 ¹⁾
Verarbeitende Industrie ²⁾													
I. Vj.	76,8	84,9	87,5	87,1	84,5	80,4	90,9	92,9	88,2	82,7	85,6	88,1	84,9
II. "	81,3	88,7	90,8	87,8	83,5	87,1	92,1	92,3	88,8	85,8	89,4	89,9	.
III. "	86,5	93,1	91,2	89,2	86,6	89,5	93,8	90,9	89,0	87,6	88,9	88,0	.
IV. "	92,1	97,0	92,6	91,5	89,2	96,6	98,9	93,6	92,3	91,8	94,7	92,4	.
Jahr	84,3	91,1	90,6	88,9	86,0	88,5	94,0	92,4	89,6	87,0	89,7	89,6	.
davon:													
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien													
I. Vj.	83,6	90,3	86,8	87,8	81,4	78,1	93,7	95,3	87,8	81,6	88,0	89,1	85,6
II. "	91,3	96,1	94,1	88,9	82,4	89,4	96,6	96,3	92,6	90,2	94,7	92,8	.
III. "	97,1	99,6	95,5	91,0	85,6	93,6	100,0	95,8	94,7	93,0	95,9	93,0	.
IV. "	95,2	96,0	90,4	87,5	82,6	94,4	97,4	90,8	89,8	90,7	93,9	89,2	.
Jahr	91,9	95,6	91,7	88,8	83,0	88,9	96,9	94,5	91,3	89,0	93,2	91,0	.
Investitionsgüterindustrien													
I. Vj.	74,2	87,5	92,1	86,8	85,7	81,0	91,8	95,7	89,5	82,9	85,1	89,7	85,4
II. "	78,1	90,6	93,1	87,0	84,5	85,7	92,4	93,9	87,8	83,2	87,9	91,0	.
III. "	81,6	93,4	89,1	85,2	85,8	86,1	92,5	89,5	85,0	83,8	85,1	84,9	.
IV. "	89,3	97,6	90,0	88,4	89,5	96,1	100,0	93,9	89,8	89,7	94,5	92,9	.
Jahr	80,9	92,4	91,0	86,9	86,4	87,3	94,2	93,2	88,0	84,8	88,2	89,6	.
Verbrauchsgüterindustrien													
I. Vj.	81,2	85,0	90,5	93,9	89,1	81,7	92,6	92,5	92,0	87,1	88,2	90,0	88,8
II. "	79,9	84,1	89,1	88,0	82,8	86,5	89,6	88,9	87,6	85,9	88,0	89,2	.
III. "	87,1	90,7	92,3	92,7	86,9	90,6	91,1	88,3	88,8	87,0	87,1	87,1	.
IV. "	94,0	100,0	98,7	96,9	91,2	100,0	99,0	95,6	97,1	94,0	95,5	95,2	.
Jahr	85,6	90,1	92,7	92,9	87,5	89,8	93,1	91,4	91,4	88,6	89,7	90,4	.
Nahrungs- und Genußmittelindustrien													
I. Vj.	65,5	69,6	74,2	77,4	81,8	81,5	80,8	81,4	80,2	78,6	78,7	78,1	75,6
II. "	72,6	76,8	81,8	86,9	84,5	86,7	85,5	84,8	84,9	82,9	83,6	82,3	.
III. "	77,7	83,1	86,5	90,4	90,0	88,4	88,0	87,9	88,0	88,5	86,1	85,1	.
IV. "	90,6	93,8	95,1	100,0	99,8	97,9	99,2	96,0	97,1	96,3	95,8	96,3	.
Jahr	76,7	81,0	84,4	88,8	89,1	88,7	88,5	87,6	87,8	86,7	86,1	85,6	.

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ Mit den Produktionskapazitäten gewogener Durchschnitt der einzelnen Bereiche.

für die Zeit von 1954 bis 1964 um die Daten der letzten fünf Quartale ergänzt, wobei ebenfalls die vorstehend geschilderte Methode verwendet wurde³⁾).

Die Berechnung zeigt, daß sich in den wichtigen Bereichen der Industrie seit der Mitte des vorigen Jahres die Ausnutzungslage merklich verändert hat. Zwischen dem zweiten und dritten Vierteljahr setzte ein Umschwung in Richtung auf einen niedrigeren Ausnutungsgrad ein, der sich bis in das erste Quartal dieses Jahres fortsetzte.

Die jahresdurchschnittliche Kapazitätsausnutzung der verarbeitenden Industrie erreichte im Jahre 1965 nach vorläufiger Berechnung das Vorjahrsniveau nur knapp, von 1963 auf 1964 war noch eine Ausnutzungszunahme um rd. 3 vH erzielt worden.

Die Ausnutzung ist noch im ersten Vierteljahr 1965 deutlich höher gewesen als im gleichen Vorjahrsquartal. Nachdem das Auslastungsniveau sich im zweiten und dritten Vierteljahr 1965 nicht mehr nennenswert von dem des Vorjahres unterschieden hatte, sank es dann im vierten Vierteljahr 1965 um gut zwei und im ersten Vierteljahr 1966 um reichlich drei Punkte unter das Niveau des entsprechenden Vorjahrszeitraums.

Für diese Verschlechterung der durchschnittlichen Kapazitätsauslastung der gesamten verarbeitenden Industrie war — wie stets in solchen Phasen — die ungünstige Produktionsentwicklung im Grundstoffsektor ausschlaggebend. Hier begann sich eine Verminderung der Kapazitätsbeanspruchung bereits im zweiten Vierteljahr 1965 abzuzeichnen. Im Jahresdurchschnitt 1965 nutzte dieser Bereich seine — stark gewachsenen — Kapazitäten deutlich weniger als im Vorjahr.

Die Produktion wuchs in allen Industrien dieses Bereiches langsamer, doch war die ungünstige Entwicklung in der eisenschaffenden Industrie verantwortlich für die Ausnutungsverschlechterung des gesamten Bereichs. Diese Branche konnte 1965 überhaupt keinen Produktionszuwachs gegenüber dem Vorjahr erzielen; auch die neuesten Auftragsgänge lassen für die nächste Zeit keine höhere Kapazitätsauslastung erwarten.

Im Investitionsgütersektor brachte erst das dritte Vierteljahr 1965 eine geringere Kapazitätsbeanspruchung als im Vorjahr. Während im ersten Halbjahr 1965 die Kapazitäten noch stärker beansprucht worden waren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, sank die Ausnutzung in den folgenden drei Quartalen kontinuierlich, so daß im ersten Vierteljahr 1966 ein Rückgang von 4,8 vH gegenüber dem gleichen Vorjahrsvierteljahr zu verzeichnen war.

³⁾ Für die Nahrungs- und Genußmittelindustrien wurde dabei als neuer Zeitraum der Trendberechnung der Kapitalproduktivität die Zeit von 1957 bis 1965 gewählt, die bessere Resultate als die alte Berechnung ergab.

Im wesentlichen bestimmten der Maschinenbau und der Fahrzeugbau die Ausnutungsveränderung in diesem Bereich.

Nachlassende Investitionsneigung, die bereits im Frühsommer 1965 merklich den Auftragseingang des Maschinenbaus beeinflusst hatte, und mäßige Auftragsreserven führten im zweiten Halbjahr 1965 zu geringerer Ausnutzung. Im Fahrzeugbau blieben die von der Automobilausstellung ausgehenden Impulse auf die Nachfrage geringer als die Kapazitätssteigerung. Die geringsten Auslastungseinbußen sind in der elektrotechnischen Industrie festzustellen. Sie wurde als Produzent weiterhin von den anhaltenden Rationalisierungsanstrengungen der Wirtschaft begünstigt.

Trotz der im zweiten Halbjahr 1965 leicht rückläufigen Kapazitätsausnutzung war im vergangenen Jahr die durchschnittliche Auslastung der Investitionsgüterindustrien — im Gegensatz zum Grundstoffsektor — noch etwas größer als im Jahre 1964.

In den verbrauchsnahe Industrien — Verbrauchsgüterindustrien sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien — läßt sich bis in die jüngste Zeit kein Tendenzwandel erkennen. Die Auslastung ist in beiden Bereichen der Saison entsprechend verlaufen. Bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien war allerdings die Kapazitätsausnutzung im ersten Vierteljahr 1966 wahrscheinlich wegen der doch recht erheblichen Vorratskäufe von alkoholischen Getränken (im Dezember 1965) etwas niedriger, als sie im ersten Quartal 1965 gewesen war.

Auch wenn im vergangenen Jahr ein Tendenzwandel stattfand, der die Investitionsgüter- und Produktionsgütererzeuger zu einer geringeren Beanspruchung ihrer Kapazitäten veranlaßte, so kann doch die zur Zeit erreichte Verringerung der Auslastung noch nicht als beunruhigend gewertet werden. Auf die sehr angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dieser Wandel eher positiv ausgewirkt.

Die Ausnutzungskoeffizienten waren im ersten Quartal in allen Bereichen geringfügig — aber eben nur sehr wenig — niedriger als im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1965. Auf Auslastungsgrade, wie sie die schlechte Absatzlage in den Jahren 1958 und 1963 erzwungen hatte, ist bisher kein Bereich auch nur annähernd zurückgefallen.

Die Entwicklung der Auftragseingänge läßt zwar in nächster Zeit keine steigende Kapazitätsausnutzung erwarten, gibt aber auch keinen Anlaß, die Auslastungsaussichten für die nahe Zukunft als zunehmend schlechter werdend zu beurteilen. Schon gar nicht ist ein Abgleiten der Anlagenausnutzung in völlig unbefriedigende Zonen zu befürchten.

Gegenstand	Gebiet	Einheit	1965										1966				
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	
Anzahl der Arbeitstage			23,8	20,8	20,8	20,8	23,0	22,8	22,8	22,0	21,4	22,8	21,5	20,8	23,8	20,0	
Industrie-Auftragseingang ^{1) 2)}	BRD *)	1954 = 100	D	281	270	267	258	255	235	280	283	278	266	245	252	306	271
Grundstoff- u. Prod.-Güter-Ind. . . .	"	"	"	236	235	232	245	241	225	237	234	227	225	218	223	259	236
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	364	336	328	322	331	297	348	345	355	361	317	329	383	330
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	233	231	233	189	170	165	250	269	245	193	182	190	269	242
Industrie-Umsatz ³⁾	BRD	Mill. DM	S	31979	30632	30687	30501	30613	29749	33399	33501	33509	33881	29514	29466	34938	.
davon: Inlandumsatz	"	"	"	26862	25879	25787	25542	25912	25371	28758	28399	27714	28153	24733	24613	29114	.
Auslandumsatz	"	"	"	5117	4753	4900	4959	4701	4378	5181	5102	5205	5728	4781	4853	5824	.
Netto-Produktionsindex ⁴⁾	BRD *)	1958 = 100	D	151,8	162,6	163,5	162,4	147,5	143,1	161,8	166,8	170,7	158,0	150,6	156,2	157,9	168,9
Industrie insgesamt	"	"	"	104,1	102,0	104,6	100,8	99,5	98,2	100,8	105,0	103,9	101,2	106,9	104,0	100,7	99,8
Bergbau	"	"	"	172,4	182,9	185,0	184,3	178,2	176,1	184,4	185,2	184,5	166,8	168,4	177,6	184,0	191,2
Grundstoff- u. Prod.-Güter-Ind.	"	"	"	160,6	170,0	172,6	173,3	144,9	134,7	167,0	170,2	175,4	170,7	155,7	161,8	159,6	174,7
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	150,4	163,1	160,4	153,0	136,1	132,3	163,5	170,4	175,4	154,1	155,8	159,2	159,9	172,2
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	120,4	132,0	131,6	136,5	126,4	127,7	132,8	145,6	157,9	144,4	120,8	124,6	125,2	135,6
Nahrungs- u. Genussmittel-Ind.	"	"	"	181,8	172,3	163,6	151,4	147,8	147,3	160,6	176,7	203,0	199,6	206,0	188,2	186,7	186,3
Energieversorgungsbetriebe	"	"	"	116,5	183,6	190,8	198,2	181,6	177,0	186,3	188,6	163,7	128,9	90,3	129,5	156,8	192,5
Bauhauptgewerbe	"	"	"														
Brutto-Produktionsindex ⁴⁾	BRD *)	1958 = 100	D	148,7	158,2	160,8	162,7	138,4	128,1	152,6	153,8	159,9	169,5	141,5	148,2	148,2	163,4
Investitionsgüter (ohne Pkw)	"	"	"	155,8	168,5	166,6	157,1	138,5	134,6	169,9	178,2	182,8	154,6	160,9	164,2	162,5	176,9
Verbrauchsgüter (ohne Pkw)	"	"	"														
Produktion	BRD	Mill. kWh	S	15158	13602	13489	12511	12772	12797	13419	14832	15764	16041	16111	14170	15699	.
Elektrizitätserzeugung ⁵⁾	"	"	"	12446	11403	11015	10971	11070	10604	11013	11099	10881	11096	11164	10561	11708	10455
Koks	"	"	"	3276	3119	3219	3108	3208	3199	3105	3214	3094	3135	3214	2876	3121	2965
Braunkohle, roh	"	"	"	8482	7766	8024	7650	8364	8500	8692	9194	9524	9498	9411	7115	7582	7774
Erdölförderung	"	"	"	655	645	675	651	679	681	656	679	655	676	665	599	671	649
Erdgasförderung	"	"	"	183	156	151	161	161	169	183	205	236	246	279	234	263	224
Benzin	"	"	"	778	825	841	899	922	928	833	835	814	833	879	750	836	797
Heizölzeugn. (einschl. Eigenverbr.)	"	"	"	3126	2985	3015	2997	2870	3188	3002	3071	3319	3618	3968	3398	3518	3363
Natursteine	"	"	"	3878	7073	8275	8697	9671	10158	10749	10656	8071	6649	2398	3913	6585	7212
Zement	"	"	"	2208	3342	3543	3342	3611	3635	3527	3628	2461	1891	1024	1989	3255	3185
Gebrannter Kalk ⁷⁾	"	"	"	896	976	972	926	969	994	1005	1005	790	681	627	607	917	894
Mauerziegel	"	1000 cbm	"	888	1251	1427	1432	1572	1560	1555	1491	1322	1129	685	672	1096	1191
Dachziegel	"	1000 Stck.	"	46603	46646	47930	48009	52510	51814	53528	51601	49543	51422	42521	41324	46434	46288
Isolier- und Leichtbauplatten ⁸⁾	"	1000 qm	"	4216	4036	4084	4413	4795	4556	4759	4618	4211	3221	2876	3483	4632	4331
Eisenerz	"	1000 t	"	971	848	850	876	908	893	929	907	915	849	857	817	872	785
Roheisen u. Hochofenferroleg.	"	"	"	2428	2211	2316	2234	2353	2299	2197	2231	2142	2037	2133	2065	2297	2117
Stahlrohblöcke und -brammen	"	"	"	3334	2981	3105	2924	3123	3097	2965	3042	2879	2649	2909	2854	3223	2892
Walzstahl	"	"	"	2319	2017	2099	1948	2104	2086	2116	2069	2002	1887	1949	1928	2313	2011
Hüttenaluminium (Elektrolyse)	"	t	"	20058	19296	20055	19508	20259	20057	19666	20314	19400	20387	20455	18587	20806	20119
Elektrolytkupfer	"	"	"	22842	21291	23470	23079	23748	21317	21725	22329	22399	23434	21082	19471	22742	22060
Rohzink ⁹⁾	"	"	"	18797	13285	13737	11385	12488	11418	11233	14284	13742	13533	15603	13376	13643	14871
Hüttenblei	"	"	"	18323	18868	18997	19027	19234	16357	16989	20198	21595	21304	18878	20301	21201	21554
Schwefelsäure (SO ₃ Inh.)	"	1000 t	"	262	248	262	255	260	264	249	253	246	260	257	232	232	240
Soda (Na ₂ CO ₃ Inh.)	"	"	"	95,9	94,0	94,7	94,9	101,5	92,7	95,7	98,4	96,6	101,7	102,2	94,6	95,9	101,5
Chlor (Primärproduktion)	"	"	"	93,0	88,0	91,4	86,3	90,6	90,8	90,2	94,4	90,6	91,8	96,9	90,3	96,8	101,8
Stickstoff-Düngemittel (N Inh.)	"	"	"	112,6	107,4	112,2	106,1	116,2	118,3	113,2	117,4	116,6	123,3	122,0	109,5	122,7	118,9
Phosphat-Düngemittel (P ₂ O ₅ Inh.)	"	"	"	77,3	78,5	84,5	83,7	86,1	80,4	84,2	84,9	76,3	75,3	81,9	67,8	74,3	71,6
Kunststoffe	"	"	"	189,2	160,4	166,5	164,1	165,3	163,5	165,6	171,8	173,5	171,8	171,5	165,3	183,6	182,8
Zellwolle	"	"	"	19,9	18,6	19,7	18,7	15,5	17,1	17,6	17,7	17,2	14,0	15,5	16,3	19,2	17,7
Reyon	"	"	"	7,2	6,4	6,6	6,2	6,8	6,5	6,7	6,5	6,6	5,8	6,4	6,2	7,0	6,1
Synthetische Fasern	"	"	"	18,8	14,3	14,7	14,7	15,4	15,6	16,0	15,7	16,3	16,9	16,9	16,6	18,4	18,0
Papier und Pappe	"	"	"	371,1	321,9	351,9	331,5	373,8	364,2	366,2	367,0	354,1	336,7	335,4	346,1	387,2	334,6
Metallbearbeitungsmaschinen ^{10) 11)}	"	t	S	28911	27354	27883	27970	27320	23821	28590	28603	29645	39817	23394	23228	31657	28393
Masch.- u. Präzisionswerkzeuge	"	"	"	5532	5071	5476	5009	4822	4631	5088	4803	4942	5474	4346	4656	5345	5739
Masch. für die Bauwirtschaft ^{10) 11)}	"	"	"	36899	37788	38656	35545	33288	29496	32488	30800	28418	28603	22635	27834	34196	32797
Landmasch. u. Ackerschlepper	"	"	"	73543	68564	64610	57505	47522	40347	51816	53823	48238	50828	52208	59200	69500	63688
Büromaschinen ^{10) 11)}	"	"	"	3265	2987	3104	3487	2555	2444	3524	3215	3497	3844	3046	3326	3644	3546
Textilmaschinen ¹¹⁾	"	"	"	10066	9066	9256	9409	9238	8195	9572	9785	10124	10310	8628	9208	10493	9896
Personen- u. Kombiwagen ¹²⁾	"	Anzahl	"	259783	235457	237751	238861	145564	172948	251224	254282	247488	237973	240937	235080	281714	238027
Liefer- u. Lastkraftwagen ¹²⁾	"	"															

* D = Gesamtdeutschland, BRD = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und Berlin (West), BRD *) = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland, ohne Berlin, W-B = Berlin (West), O-B = Berlin (Ost), MD *) = Mitteldeutschland ohne O-B, MD = Mitteldeutschland einschl. O-B. — †) E = Monatsende, M = Monatsmitte, S = Monatssumme, D = Monatsdurchschnitt, VD = Vierteljahrsdurchschnitt. *Kursive* Zahlen: Vorläufig oder geschätzt.

¹⁾ Lebendgeborene. — ²⁾ Ohne Totgeborene. — ³⁾ Arbeiter, Angestellte und Beamte; einschl. Heimarbeiter und Soldaten. Berechnung des DIW. — ⁴⁾ Arbeitnehmer: Beschäftigte und Arbeitslose. — ⁵⁾ Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und -hilfe. — ⁶⁾ Nach der Industrieerberichterstattung; hauptbeteiligte Industriegruppen. Ohne Energieversorgungsbetriebe u. Pauhauptgewerbe. — ⁷⁾ Einschl. gewerb. Lehrlinge. — ⁸⁾ Tatsächlich geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter. — ⁹⁾ Ohne Energiewirtschaft u. Bauhauptgewerbe. — ¹⁰⁾ Gesamte Industrie einschl. Bergbau, Energiewirtschaft u. Baugewerbe.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin. — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg. — Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (OST).